

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Freitag, 15. Dezember 1972

Blatt 3111

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Rathaus-Budgetdebatte

Heller: Baupreissteigerungen bis 30 Prozent

Schaumayer: Start mit Vorrangstraßennetz in sechs Bezirken

Studie zur Sanierung alter Baublöcke

Vorarbeiten für Fußgängerzone Mariahilfer Straße

Professor Zakovsky gestorben

Lokal:

Die Verkehrsmaßnahmen der kommenden Woche: Kreuzung Favoritenstraße - Donauländebahn frei

Wiener Fremdenverkehr: Bei 4 Millionen Übernachtungen ein neuer Anlauf

Imagewerbung mit hartem Kern

Neuer Generalsekretär des Wiener Fremdenverkehrsverbandes

Kulturdienst: Stephansplatz: Kreuzgewölbe gefunden

Jugendbuchpreise überreicht

Dr. Viktor Griessmaier - 70. Geburtstag

Prof. Hans Wagner-Schönkirch zum Gedenken

Während der Budgetdebatte: Chef vom Dienst: 42 800/2068 (Durchwahl)

Neue Fernschreibnummer (1) 3240

=
k o m m u n a l :
=====

rathaus-budgetdebatte:

heller: baupreissteigerungen bis 30 prozent

1 wien, 15.12. (rk) ''mit einem lachenden und einem weinenden auge'', erklarte stadtrat kurt heller am freitag bei seiner budgetrede, praesentiere er dem gemeinderat den voranschlag der gruppe tiefbau. denn die freude ueber ein neues rekordbudget fuer den staedtischen tiefbau werde durch die preisentwicklung getruebt. erlebte der baukostenindex von oktober 1970 bis oktober 1971 eine steigerung von 6,6 prozent, so sei er vom vergangenen bis zum diesjaehrigen oktober um nicht weniger als 14 prozent gestiegen. und das sei nur der theoretisch errechnete baukostenindex. die tatsaechlichen baupreissteigerungen im tiefbau machten allein seit dem heurigen fruehjahr 25 bis 30 prozent aus.

im interesse der preisstabilisierung werde man daher 1973 bei der vergabepaxis sehr behutsam sein und sich gleichsam der marktlage anpassen. auch werde eine revision der magistratsinternen haushaltsvorschriften angestrebt, wofuer der stadtbaudirektor bereits entsprechende vorschlaege ausgearbeitet habe.

der gruppe tiefbau stuenden 1973 insgesamt 4.052 millionen schilling zur verfuegung, einschliesslich u-bahn-bau, hochwasserschutzprojekt und dem grossteil der gelder fuer die betriebsaufschliessung.

erstmalig erhalte die stadt auch mit 570 millionen schilling ein rekordbudget fuer den ausbau der autobahnen und bundesstrassen, betonte heller. das bedeutendste autobahnvorhaben sei die verbindung der suedautobahn zum guertel und weiter zur praterbruecke, wofuer 156 millionen schilling vorgesehen seien. die anschluss-stelle favoriten mit der unterfahung der kuppe des laaer berges werde im hinblick auf die wig 74 teilweise bereits ende maerz 1974 dem verkehr zur verfuegung stehen.

bei den bundesstrassen hob heller hervor, dass am 21. dezember, gleichsam als christkindl fuer die autofahrer, die ersten zwei von insgesamt vier fahrspuren der heiligenstaedter strasse nach

klosterneuburg zwischen kahlenberger dorf und der Landesgrenze fuer den verkehr freigegeben werden koennen. am selben tag werde auch der handelskanal zwischen meiereistrasse und reichsbruecke freigegeben. die arbeiten zur niveaufreimachung der altmannsdorfer strasse wuerden so fortgefuehrt, dass die edelsinnstrasse ende 1973 wieder durchgehend befahrbar sein werde. im juni 1974 wuerden die niveaugleichen eisenbahnkreuzungen dann endgueltig verschwunden sein. auch mit der unterfuehrung der simmeringer hauptstrasse beim schwechater bahnschranken werde im mai 1973 begonnen. was die wiener gemeindestrassen angehe, stuenden 1973 fuer deren ausbau samt den notwendigen einrichtungen aus dem gesamten gemeindebudget knapp 800 millionen schilling zur verfuegung.

1973 koenne man ueberdies als ein ''jahr der brueckenbauer'' bezeichnen: zwei neue donaukanalbruecken - eine im zuge der ostautobahn, die andere bei der urania -, die erste bruecke ueber das kuenftige entlastungsgerinne, eine neue liesingbruecke, der umbau der ostbahnbruecke und des gassteges ueber den donaukanal sowie der kagraner bruecke ueber die alte donau, die st. marxner hochstrasse, fussgaengerbruecken ueber die favoritenstrasse und ueber die laaer berg-strasse sowie einige kleinere bruecken im wig-gelaende stuenden auf dem arbeitsprogramm.

die arbeiten fuer das hochwasserschutzprojekt wuerden zuegig fortgesetzt. fuer den ausbau der hauptklaeranlage in kaiser-ebersdorf stuenden 80 millionen, fuer die herstellung des donau-duekers 18 millionen bereit. bei diesem schwierigen bauvorhaben werde voraussichtlich ein minierungsverfahren zur anwendung gelangen, also ein stollen unter dem donaustrom vorgetrieben werden.

im zusammenhang mit den vorhaben der wasserwerke hob heller hervor, dass der verwaltungsgerichtshof der beschwerde wiens gegen die restriktiven auflagen im bescheid fuer die dritte wasserleitung stattgegeben habe. fuer diese anlagen seien im kommenden jahr 50 millionen schilling vorgesehen. freilich bestuenden bei den servitutserwerbungen noch schwierigkeiten,

die weniger auf die grundeigentüemer, als auf deren interessenvertretung zurueckzufuehren seien.

beim u-bahn-bau werde man bekanntlich im fruehjahr mit dem schwierigsten abschnitt zwischen stephansplatz und nestroyplatz beginnen. an den schon im bau befindlichen abschnitten werde zuegig weitergearbeitet. ende 1973 werde die modellstation taubstummengasse fuer die besichtigung freigegeben, wobei zwischen karlsplatz und dieser versuchsstation auch ein doppeltriebwagen der u-bahn verkehren werde.

schon zuvor werde es quasi ein neues verkehrsmittel in wien geben, fuhr heller fort: eine von einer privatfirma gebaute einschienebahn werde ueber das wig-gelaende fuehren. fuer die ausgestaltung dieser grossen gartenanlagen in ober-laa stuenden 100 millionen schilling zur verfuegung. im zusammenhang mit dem weiteren ausbau der staedtischen parkanlagen appellierte heller an die bevoelkerung, doch mehr ruecksicht auf die erholungsflaechen zu nehmen. die schaeden an den parks haetten 1972 bereits rund vier millionen schilling ausgemacht.

wenngleich der aufgabenbereich sich immer mehr auf die realisierung von grossprojekten hinwende, wuerde selbstverstaendlich auch den kleineren bauvorhaben groesste sorgfalt zugewendet, um die belaestigungen der bevoelkerung moeglichst klein zu halten, erklarte heller. dafuer sei freilich auch die disziplin der wiener, vor allem der autofahrer, vonnoeten. abschliessend wies der tiefbaustadtrat darauf hin, dass die leistungen gerade auf dem gebiet des tiefbaues, vor allem beim u-bahn-bau, immer groessere internationale anerkennung faenden.

+++

k o m m u n a l :

=====

rathaus-budgetdebatte:

schaumayer: start mit vorrangstrassennetz in sechs bezirken

2 wien, 15.12. (rk) mit der kennzeichnung des vorrangstrassennetzes wird im kommenden jahr in sechs bezirken begonnen. diese ankuendigung und kritische anmerkungen zum wohnungsverbesserungsgesetz, zur stadtplanung und zu den themen umweltschutz und energiekonzept waren die kernpunkte des budgetreferats, das stadtraetin dr. maria s c h a u m a y e r freitag fuer die geschaeftsgruppe roem. 9 (baubehoerdliche und sonstige technische angelegenheiten) vor dem gemeinderat hielt.

das vorrangstrassenkonzept, fuer das 1973 fuenf millionen schilling zur verfuegung stehen, ist ein vier-jahres-programm. die erste etappe umfasst die bezirke 3, 10, 12, 15, 16 und 17, wo die notwendigen verkehrssampeln, dauerbodenmarkierungen und einordnungsvoranzeiger durch motorisierte einsatztrupps grossflaechig angebracht werden sollen.

zu den geplanten strassenbahnstrassen stellte stadtraetin dr. schaumayer fest, dass eine foerderung des oeffentlichen verkehrs nicht gleichzeitig zur laehmung des wirtschaftsverkehrs fuehren duerfe.

bedauerlich nannte die stadtraetin die tatsache, dass bei der neufassung des wohnungsverbesserungsgesetzes die von ihrer fraktion und dem oesterreichischen staedtebund vorgebrachte anregung, auch studenten-, alters- und lehrlingsheime in den kreis der foerderungswerber einzubeziehen, vom bundesgesetzgeber nicht aufgegriffen wurde.

im zusammenhang mit den instandsetzungen von altobjekten forderte dr. schaumayer ein geschlossenes konzept fuer die stadt-erneuerung. die stadtraetin verwahrte sich auch dagegen, dass in der oeffentlichkeit immer wieder die baupolizei fuer den abbruch von vermeintlich kulturhistorisch wertvollen gebaeuden verantwortlich gemacht wird. abbruchbewilligungen koennten nach der

geltenden bauordnung von der behoeerde nicht versagt werden, so lange die schutzzonen nach dem altstadterhaltungsgesetz nicht vom gemeinderat beschlossen sind. beim aktuellen beispiel grinzing sei darauf hinzuweisen, dass eine bausperre immer dann wirkungslos ist, wenn die bauwerber bereits im besitz gueltiger fluchtlinien sind. es sei im uebrigen unverstaendlich, dass die stadtplanung fuer grinzing noch keine strukturplanung in auftrag gegeben habe.

stadtraetin schaumayer plaedierte auch fuer eine baldige novellierung des kleingartengesetzes und warf der stadtplanung in diesem zusammenhang eine schleppende behandlung der sanierungsfrage bei kleingartenanlagen vor.

angesichts der bereits etwa 153.000 bewilligten oelfeuerungsanlagen in wien wies dr. schaumayer auf die notwendigkeit eines energiekonzeptes hin, das die weitere entwicklung fuer kunden und versorgungsunternehmen optimal steuern sollte.

im naechste jahr kann der ausbau der funksteuerung fuer oeffentliche uhren mit 1,7 millionen schilling forciert werden: etwa 20 empfangsstellen koennen neu errichtet werden, so dass die stoerungsanfaelligkeit bei den oeffentlichen uhren weiterhin abnehmen wird.

die stadtraetin kritisierte schliesslich, dass die problematik des umweltschutzes weder durch den umweltschutzbeirat noch durch die einzelnen fachausschuesse mit der noetigen intensitaet behandelt werde. in diesem zusammenhang sollten die technischen und fachlichen moeglichkeiten der versuchs- und forschungsanstalt der stadt wien mehr als bisher genuetzt werden.

schliesslich kuendigte die stadtraetin an, dass auf dem friedhof neustift mit der neugestaltung einer gruppe erstmals in wien der versuch gemacht werde, einen waldfriedhof zu schaffen.

(unterbrechung des sitzungsberichtes.)

+++

l o k a l :

=====

die verkehrsmassnahmen der kommenden woche:

kreuzung favoritenstrasse - donaulaendebahn frei

3 wien, 15.12. (rk) heute, freitag, vormittag, wurde die kreuzung favoritenstrasse - donaulaendebahn wieder fuer den durchzugsverkehr freigegeben. die arbeiten fuer die installierung einer neuen schrankenanlage durch die oebb wurden - wie bereits in der vorwoche angekuendigt worden war - abgeschlossen.

fuer die kommende woche sind keine wichtigeren verkehrsmassnahmen in den wiener strassen zu erwarten.

am samstag ist die mariahilfer strasse zum drittenmal als verkehrsarme zone den fussgaengern und der strassenbahn vorbehalten.

0943

k o m m u n a l :

=====

studie zur sanierung alter baubloecke

8 wien, 15.12. (rk) der planungsausschuss des wiener gemeinderates hat in seiner letzten sitzung sechs **architekten** beauftragt, fuenf verschieden beschaffene, grosse baubloecke, die im vorigen jahrhundert entstanden sind, auf deren sanierungsmoeglichkeiten zu untersuchen. die baubloecke stehen in den bezirken 2, 10, 12, 16 und 17. die kosten machen 402.000 schilling aus.

1028

vorarbeiten fuer fussgaengerzone mariahilfer strasse

9 wien, 15.12. (rk) als vorarbeit fuer ein spaeteres projekt einer fussgaengerzone innere mariahilfer strasse werden nun eine geodaetische aufnahme der mariahilfer strasse zwischen ring und guertel samt den einmuendenden strassenstuetzen sowie eine genaue erhebung ueber alle einbauten in diesem bereich durchgefuehrt. der planungsausschuss des gemeinderates hat in seiner letzten sitzung dipl.-ing. manfred eckharter mit dieser arbeit beauftragt und dafuer 162.000 schilling genehmigt.

1029

l o k a l :

=====

wiener fremdenverkehr:

bei 4 millionen uebernachtungen ein neuer anlauf

7 wien, 15.12. (rk) kein ausruhen auf lorbeeren gibt es beim fremdenverkehrsverband fuer wien: mit der stolzen bilanz von fast vier millionen uebernachtungen im fremdenverkehrsjahr 1972 verabschiedete sich der langjaehrige generalsekretaer, prof. walter m i n a r z . noch am selben tag kuendigte sein nachfolger, dr. helmur k r e b s , ein neues fremdenverkehrskonzept an, in dem das wien von heute staerker praesent sein soll. die naechsten monate bringen bereits eine schwerpunktaktion fuer den bundesdeutschen und den schweizer markt: die aktion 'fruehling in wien.'

imagewerbung mit hartem kern

vor der fremdenverkehrskommission verabschiedete die verbandspraesidentin, vizebuergemeister gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r , donnerstag den scheidenden prof. minarz, bei dem sie 'engagement und phantasie' waehrend seiner langen taetigkeit ruehmte. minarz selbst erklaerte, sein team habe immer nur das ziel verfolgt, der wiener fremdenverkehrswirtschaft zu dienen. dr. krebs, der neue generalsekretaer betonte, das image von wien sei durchaus gut, in einem neuen konzept sollte aber etwas mehr von heutigen wien enthalten sein. durch die imagewerbung mit hartem kern sollten bestimmte gruppen ganz gezielt angesprochen werden. (1973 wird sich wien in basel, oslo und duesseldorf praesentieren. die bereits beruehmte ausstellung 'vienna gloriosa - creative austria' wird in mexiko city gezeigt werden.)

steigerung um 5 prozent

die wiener nachtigungszahlen sind 1972 um etwas mehr als 5 prozent gestiegen, und zwar von 3,76 millionen auf 3,97

millionen naechtigungen. die staerksten steigerungsraten verzeichneten die ''stammgaeste'', also die besucher aus der brd und den u.s.a. eine erfreuliche steigerung (+ 40.000 uebernachtungen) ist bei den besuchern aus den anderen oesterreichischen bundeslaendern zu verzeichnen.

1973: fruehling in wien

der verband, dem fuer das kommende jahr rund 25 millionen schilling zur verfuegung stehen, wird demnaechst mit der werbung fuer eine neue aktion beginnen: den ''fruehling in wien''. auf dem bundesdeutschen und dem schweizer markt soll fuer die letzte maerzwoche geworben werden, in der ein wahres feuerwerk an attraktiven veranstaltungen abrollt: eroeffnungssoiree im rathaus, galakonzert im theater an der wien, fruehlingsball in der hofburg, schliesslich drei veranstaltungen mit der spanischen reitschule in der stadthalle.

(forts.)

1027

k o m m u n a l :

=====

professor zakovsky gestorben

10 wien, 15.12. (rk) professor ddr. jaroslav z a k o v s k y , langjaehriger leiter der physikalisch-technischen pruefungsanstalt fuer radiologie und elektromedizin, ist in wien ploetzlich verstorben.

professor zakovsky wurde am 28. april 1905 in wien geboren. er absolvierte das technologische gewerbemuseum, wurde 1933 zum dr. jur. und 1942 zum dr. rer. nat. promoviert. 1953 habilitation an der technischen hochschule fuer elektromedizinische apparate, seit 1956 zusaetzlich vorlesungen ueber strahlenschutz, 1955 lehrbefugnis fuer medizinische physik an der universitaet, 1960 a.o. hochschulprofessor.

prof. zakovsky kam 1926 in das physikalische laboratorum im zentralroentgeninstitut des allgemeinen krankenhauses, aus dem ein jahr spaeter die roentgentechnische versuchsanstalt unter leitung von dr. g. spiegler wurde. als dr. spiegler 1938 aus rassischen gruenden aus diesem amt vertrieben wurde, uebernahm prof. zakovsky die leitung des instituts, die er auch im krieg behielt. 1947 wurde das institut von der stadt wien uebernommen, 1956 wurde es mit der radiumtechnischen versuchsanstalt zur ''physikalisch-technischen pruefanstalt fuer radiologie und elektromedizin'' zusammengelegt. die hauptstelle blieb im allgemeinen krankenhaushaus, eine pruefstelle wurde im lainzer krankenhaushaus eingerichtet.

prof. zakovsky leitete das institut bis zu seiner pensionierung als senatsrat am 30. juni 1970. er war seither konsulent des sozialministeriums, dann des ministeriums fuer gesundheit und umweltschutz in strahlenschutzfragen. seit gruendung des oesterreichischen verbandes fuer strahlenschutz 1966 war er dessen praesident. es liegen mehr als 70 veroeffentlichungen von prof. zakovsky in fachblaettern vor.

l o k a l :

=====

fremdenverkehr (forts):

neuer generalsekretaer des wiener fremdenverkehrsverbandes

11 wien, 15.12. (rk) im fremdenverkehrsverband fuer wien wurde freitag der neue generalsekretaer (er tritt am 1. jaenner 1973 sein amt an) eingefuehrt: verbandspraesidentin vizebuengermeister gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r machte senatsrat dr. helmut k r e b s mit seinen kuenftigen mitarbeitern bekannt. gleichzeitig verabschiedete sie sich vom bisherigen generalsekretaer: prof. walter m i n a r z hat seit der gruendung im jahr 1956 diesen verband geleitet und ihm seinen ganz persoentlichen stempel aufgedrueckt.

dr. helmut k r e b s ist seit 1954 in den diensten der stadt wien taetig. nach dem aufbau eines referats fuer oeffentlichkeitsarbeit im stadtbauamt wirkte er an der schaffung des presse- und informationsdienstes mit und war dort lange in leitender position taetig. krebs gilt international als anerkannter fachmann fuer grossausstellungen in der ganzen welt. der germanist und anglist krebs, 1924 in wien geboren, kann auf lange praxis im zentralen informationswesen ebenso zurueckblicken wie auf umfangreiche eigene publizistische taetigkeit. (schluss)

1141

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes):

Debatte über den städtischen Tiefbau

GR. Müller (DFP) erklärt, dieses Budget bewaise die Kinderfeindlichkeit der Gemeinde Wien (Windisch: "Schämen Sie sich."), da für die Verbesserung von Kinderspielplätzen lediglich 600.000 Schilling vorgesehen seien.

GR. Klement (FPÖ) meint, die Fragen um die Stadtautobahnen seien noch nicht gelöst. Durch Bürgermeister Slaviks Erklärung sei lediglich eine Verunsicherung entstanden. Den Umbau der Kreuzung Praterstraße-Taborstraße bezeichnete er als Schildbürgerstreich, da die Praterstraße nunmehr gleichsam zu einer Sackgasse geworden sei und der gesamte Verkehr über die Aspernbrückenstraße beziehungsweise über den Aspernplatz fließe, die beide nicht genug aufnahmefähig seien.

GR. Dr. Macher (ÖVP) beschäftigt sich ausschließlich mit der Kanalisation in Wien und wirft die Frage auf, ob die Kanalbauten überhaupt nach einem Konzept vorgenommen würden: Erfolge der Ausbau des Kanalnetzes in der Zielrichtung Stadterweiterung oder Stadterneuerung? Seiner Meinung nach gebe es auf diesem Sektor kein Leitbild, das von der Stadtplanung kommen müßte. Macher beklagte zudem, daß die Zahl der Senkgruben wiederum auf 30.000 gestiegen sei.

GR. Kranz (SPÖ) beschäftigte sich ausführlich mit der WIG 74 und der neuen Großgrünanlage Laaer Berg. Hier handle es sich um einen sehr wesentlichen Beitrag für die Umweltverbesserung.

GR. Hoffmann (ÖVP) weist auf die Erhöhung des Tiefbaubudgets hin und meint, daß dadurch das Feuer der inflatorischen Entwicklung angefacht werde. Andererseits aber könnten zufolge der spürbaren Verteuerungen, nicht zuletzt durch die Mehrwertsteuer, weniger Leistungen erbracht werden. Während man 1969 davon gesprochen habe, daß die U 1 zwischen Reumannplatz und Stephansplatz 1976 verkehren werde, habe Heller im Vorjahr das Jahr 1977 genannt. Der Redner stellte die Frage, ob es vielleicht schon wieder einen neuen Termin gebe. Auch eine rasche Verlängerung der U 1 nach Süden urgiert er. Der Straßenbau sei im Gemeindebudget kraß unterdotiert, und ob man die Bundesstraßenmittel tatsächlich verbauen

können werde, hänge von der "Baubremse" des Bundes, aber auch davon ab, ob die städtischen Mittel für die notwendigen Einbauten ausreichen.

GR. Stockinger (SPÖ) spricht vom "Todfeind" Auto und davon, daß man der freizügigen Verwendung des Individualverkehrsmittels Grenzen setzen müsse. Er lobt die Wiener Autofahrer, die sich an die neuen Bodenmarkierungen im Interesse einer Verflüssigung des Straßenbahnverkehrs halten. Der Fortschritt beim U-Bahnbau sei beachtlich, doch müßte das Bodenrecht insoferne eine Modifikation erfahren, um die Erlangung von Servituten zum Unterfahren von Grundstücken zu erleichtern. Seit Beginn der entsprechenden Aktion seien bisher fast insgesamt 10.000 Autowracks von der Magistratsabteilung 48 abgeschleppt worden. Für das kommende Jahr rechne man mit etwa 8.000 Abschleppungen.

Unter Beifall überreicht Stockinger sodann Stadtrat Heller mit Anspielung auf die "Wühlarbeit" in Wien einen Plüschmaulwurf mit "goldenem Band und roter Schaufel".

In seinem Schlußwort weist Stadtrat Heller den Vorwurf der Kinderfeindlichkeit zurück, da selbstverständlich auf den verschiedenen Budgetposten erhebliche Mittel für die Kinderspielplätze enthalten seien. Die Kanalisierung gehe nach klaren Zielvorstellungen vor sich, wobei sowohl den Bedürfnissen der Stadterweiterung wie der Stadterneuerung Rechnung getragen werde. Die Beiseitigung aller Senkgruben würde den Bau von 500 Kilometer neuer Kanäle bedingen.

Zum Straßenbau führte Heller aus, daß hier auch berücksichtigt werden müsse, daß die Kapazität der Baufirmen ohnehin bis an die Grenze ausgelastet sei. Der Ausbau der Praterstraße sei noch nicht komplett, da ja die angekündigte Uraniabrücke eine wesentliche Entlastung für das dortige Verkehrsgeschehen mit sich bringen werde. Was die Stadtautobahnen angehe, sei er ein entschiedener Gegner von Hochstraßen im dichtverbauten Gebiet, und wenn man keine umweltfreundlichen Lösungen für verschiedene Bereiche finde, sollte man dort auf Autobahnen verzichten.

Nach dem Schlußwort meldet sich GR Müller zu einer tatsächlichen Berichtigung: In den von Heller erwähnten Budgetposten sei in den Erläuterungen kein Wort über die Kinderspielplätze zu finden. Auch

Stadtrat Heller meldet sich darauf zu einer tatsächlichen Berichtigung: Wenn auch in den Erläuterungen nicht ausdrücklich auf die Aufwendungen für Kinderspielplätze hingewiesen werde, würden selbstverständlich namhafte Mittel daraus für diesen Zweck aufgewendet.

Abstimmung: mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

- - -

Debatte Baubehörde und Verkehrsbehörde

Die Vertreter von SPÖ und ÖVP erklärten prinzipiell ihre Zustimmung zu den Budgetansätzen, brachten jedoch Einzelkritiken vor. Die beiden Oppositionsparteien FPÖ und DFP verweigerten - ebenfalls aus prinzipiellen Gründen - die Zustimmung.

GR. Dr. Tuma (DFP) kritisierte die Friedhofsgebührenerhöhung, die sich seiner Berechnung nach auf 29 Prozent stelle und nicht, wie dem Gemeinderat vorgerechnet, auf 16 bis 20 Prozent. Lob hatte der Redner für **die gute öffentliche Beleuchtung** und für **die Tätigkeit** der Versuchs- und Forschungsanstalt.

Dr. Tuma stellte zur Diskussion, ob nicht das Fahrrad im Interesse einer besseren städtischen Umwelt bei Überlegungen für Verkehrsmittel der Zukunft einbezogen werden solle.

Schließlich forderte er, daß den kleinen Parteien eine Teilnahme an den Ausschüssen mit beratender Stimme ermöglicht werde.

GR. Krenn (FPÖ) kritisierte ebenfalls die Friedhofstarifierhöhung. Er stellte auch fest, daß für die geplante Auflassung von 16 kleinen Friedhöfen bisher **keine stichhaltigen Argumente** vorgebracht wurden.

Im Zusammenhang mit der Fußgängerzone im 1. Bezirk forderte Krenn Sondergenehmigungen für die Zufahrt von Taxis.

Zum geplanten Vorrangstraßennetz brachte der FPÖ-Redner einen Antrag auf Erweiterung ein. Als erste Maßnahme sollten die Bezirkshauptstraßen zu Vorrangstraßen erklärt werden. Krenn forderte eine Verbesserung des zentralen Wegweisersystems und eine Entschärfung von Verkehrsfällen. Hier machte er besonders auf den Radetzkyplatz und die Corneliusstiege aufmerksam.

GR. Leinkauf (ÖVP) hält es für vorteilhaft, das Friedhofs-wesen nicht als Betrieb zu führen. Würde man aber beim Wirtschaftsbetrieb bleiben, käme man ohne Tarifkorrekturen nicht aus.

Leinkauf stellte die Frage nach der Realisierung des Südwestfriedhof-Wettbewerbes und nach der Öffnung weiterer Friedhofstore. Klage führte er über die Monopolstellung der kommunalen Sargherstellung und den Zustand mancher Ehrengräber.

GR. Matza (ÖVP) begrüßte das Vorrangstraßensystem und die geplanten Dauerbodenmarkierungen im Interesse der Verkehrsver-

flüssigung. Er bedauerte das Fehlen einer wirkungsvollen Förderung des Garagenbaus durch die Stadtverwaltung und verlangte auch die Schaffung von Lkw-Abstellflächen, um die Belästigung der Bevölkerung durch Schwertransporte zu vermindern.

Zur umstrittenen Einbahnregelung in der Anilingasse im 6. Bezirk forderte der Redner eine neuerliche Überprüfung. Zur Schulwegsicherung drückte Matza die Hoffnung auf eine baldige bundesgesetzliche Regelung aus. Abschließend appellierte er an alle Verkehrsteilnehmer, auch jene des öffentlichen Verkehrs, die Verkehrsvorschriften diszipliniertes zu beachten.

GR. Glaser (SPÖ) beklagte zunächst "selbstherrliche Auffassungen" der MA 46-Vertreter bei verkehrsbehördlichen Kommissionen.

Dann forderte er mit Nachdruck einen Neubau für die Kraftfahrzeugprüfstelle der Magistratsabteilung 46, da die derzeitigen Einrichtungen absolut unzulänglich seien. Ein Lob spendete er der Beleuchtungsabteilung, die durch Rationalisierung und technische Errungenschaften Wien zur bestbeleuchteten europäischen Großstadt mache. Als Erfolg der Baupolizei wertete der Redner die Tatsache, daß in Wien große Katastrophen vermieden werden können. Schließlich appellierte Glaser an die Bauunternehmer, bei der Lagerung von Baumaterial und Bauschutz auf Gehsteigen und Straßen sachgemäßer und sparsamer mit dem begrenzten Raum umzugehen.

Im Schlußwort bezweifelte Stadträtin Dr. Schaumayer den Vorschlag "Zurück zum Fahrrad" als brauchbare Verkehrslösung für die Zukunft.

Zur Corneliusstiege: Die vorgeschlagenen Sicherungen seien bereits heuer im Juli und im November angebracht worden, es fehlen nur noch zwei Säulen beim Stiegenaufgang.

Fußgängerzone: Hier fehle noch die echte Funktionsbestimmung durch die Stadtplanung. Entsprechend einer solchen Bestimmung müßte dann auch eine Regelung für Taxi, die eher zum öffentlichen Verkehr zu zählen seien, gefunden werden.

Die angestellten Berechnungen über die Friedhoftariferhöhung träfen zu, sie selbst habe sogar von 33,7 Prozent gesprochen. Die Vorschläge, das Friedhofswesen nicht als Betrieb zu führen, würden auch ihrem Wunsch entsprechen.

Südwestfriedhof: Mit Einfriedungs-, Planierungs- und Pflanzarbeiten werde 1973 mit der Realisierung des Wettbewerbsresultates begonnen.

Öffnung der Friedhofstore: Die Friedhöfe Hernals und Hietzing werden 1973 - wie bereits einige andere - "offene Tore" erhalten. Ein Risiko liege freilich darin, daß Hundebesitzer mit Hunden und Jugendliche mit Fahrrädern die Friedhofswege widerrechtlich benützen.

Verkehrstechnik: Die Frage der Gelbphasen und des Phantomeffektes würden im nächsten Jahr sorgfältig studiert werden. Von Interesse in diesem Zusammenhang seien erst kürzlich angemeldete Patente von zwei österreichischen Firmen.

Anilingasse: Die Verkehrssituation werde derzeit genau beobachtet, so daß bis Ende Jänner 1973 eine endgültige Entscheidung gefällt werden könne.

Abschließend sprach sich Stadträtin Schaumayer prinzipiell gegen jede Art von "Selbstherrlichkeit" im Verwaltungsapparat der Stadt aus.

Abstimmung: mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. Der FPÖ-Antrag wurde einstimmig zugewiesen.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -